

28. September 2017

## **Vom Verdächtigen zum Schuldigen**

### **Utl.: Neues EU-Projekt untersucht Darstellung von Beschuldigten in den Medien**

**Wie hält es Europa mit der Unschuldsvermutung? Wie werden Menschen, die eines Verbrechens beschuldigt werden, in der Öffentlichkeit, im Gerichtssaal und generell in den Medien dargestellt? Mit diesen Fragen beschäftigt sich ein neues EU-Projekt der Kommunikationswissenschaftlerin Katherine Sarikakis vom Media Governance & Industries Research Lab der Universität Wien.**

In den kommenden zwei Jahren werden unter der Leitung des Hungarian Helsinki Committee (HHC) verschiedene internationale Partner mit der Universität Wien zusammenarbeiten, um zur korrekten Implementierung der EU-Richtlinie 2016/343 beizutragen. Dazu soll das Wissen über das Konzept der Unschuldsvermutung gesteigert werden. "Wir werden Good-Practice Leitfäden für Medienschaffende entwickeln und versuchen, Behörden, Medien und die Öffentlichkeit im Hinblick auf die Wichtigkeit der Art der Darstellung von Angeklagten zu sensibilisieren", erklärt Katherine Sarikakis.

"Viele der ungefähr 80 Millionen Personen, die jedes Jahr in der Europäischen Union zu Verdächtigen werden, können von diesem Projekt profitieren: Denn es fördert und fordert mehr Respekt, insbesondere auf Seiten der Medien, gegenüber der Unschuldsvermutung – diese stellt einen wichtigen Eckpfeiler eines jeden demokratischen Justizsystems dar", so Sarikakis weiter.

Laut EU-Gesetzen müssen Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass Verdächtige und Beschuldigte weder in Gerichtssälen noch in der Öffentlichkeit als schuldig dargestellt werden, z.B. durch die Benutzung von physischen Einschränkungen wie Handschellen, gläserne Kästen und Fußfesseln.

Im laufenden Projekt wird eine internationale Komparativanalyse erarbeitet, aber auch eine soziologische Test-Umfrage analysiert sowie nationale Gerichtsberichte. Eine Datenbank mit "Good Practice-Beispielen" und Toolkits für Gerichte und Medien sollen helfen, aufklärend zu wirken.

Das Projekt "Die Bedeutung von Darstellung: Wie Verdächtige und Beschuldigte in Gerichtssälen, in der Öffentlichkeit und in den Medien präsentiert werden" wird durch das "Gerechtigkeits-Programm" (2014-2020) der Europäischen Union finanziert. Weitere Partner sind Aditus, Fair Trials Europe, Human Rights House Zagreb, Mertek und Rights International Spain.

Das Media Governance & Industries Research Lab an der Universität Wien wurde 2011 gegründet und befasst sich mit der Analyse medialer Prozesse und Herausforderungen im Hinblick auf Demokratie, Menschenrechte und das "citizenship"-Konzept.

Das HHC ist eine Nichtregierungsorganisation, die 1989 gegründet wurde, um die Einhaltung der Rechte, die in internationalen Menschenrechtsinstrumenten garantiert werden, zu überwachen. Darüber hinaus ist es dem HHC ein Anliegen, juristische Verteidigung von Opfern von Misshandlungen zu gewährleisten, und die Öffentlichkeit über Verstöße zu informieren.

**Weitere Informationen:** <http://mediagovernance.univie.ac.at/research/ser/>

**Media Governance & Industries Research Lab der Universität Wien:**

<http://mediagovernance.univie.ac.at/>

#### **Wissenschaftlicher Kontakt**

Univ.-Prof. Dr. Katherine Sarikakis  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
Universität Wien  
1090 Wien, Währinger Straße 29  
T +43-1-4277-493 94

M +43-664-602 77-493 94  
[katherine.sarikakis@univie.ac.at](mailto:katherine.sarikakis@univie.ac.at)

**Rückfragehinweis**

Mag. Alexandra Frey  
Pressebüro der Universität Wien  
Forschung und Lehre  
1010 Wien, Universitätsring 1  
T +43-1-4277-175 33  
M +43-664-602 77-175 33  
[alexandra.frey@univie.ac.at](mailto:alexandra.frey@univie.ac.at)